

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit

VORLÄUFIG
002327(INI)

27. März 2001

ENTWURF EINES BERICHTS

über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und die
Entwicklungsländer
(002327(INI))

Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit

Berichterstatter: Lone Dybkjaer

INHALT

	Seite
GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE	4
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG.....	5
BEGRÜNDUNG	8
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, AUSSENHANDEL, FORSCHUNG UND ENERGIE	

GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE

In der Sitzung vom 18. Januar 2001 gab die Präsidentin des Europäischen Parlaments bekannt, dass der Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit die Genehmigung zur Ausarbeitung eines Initiativberichts gemäß Artikel 163 der Geschäftsordnung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und die Entwicklungsländer erhalten hat und dass der Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie als mitberatender Ausschuss befasst wurde.

Der Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit benannte in seiner Sitzung vom 5. Februar 2001 Lone Dybkjaer als Berichterstatter.

Der Ausschuss prüfte den Berichtsentwurf in seiner/seinen Sitzung(en) vom

In dieser Sitzung/In der letztgenannten Sitzung nahm der Ausschuss den Entschließungsantrag mit ... Stimmen bei ... Gegenstimmen und ... Enthaltungen/einstimmig an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: ..., Vorsitzende(r)/amtierende(r) Vorsitzende(r); ... und ... stellvertretende(r) Vorsitzende(r); ..., Berichterstatter(in); ..., ... (in Vertretung von ...), ... (in Vertretung von ... gemäß Art. 153 Abs. 2 der Geschäftsordnung), ... und

Die Stellungnahme(n) des Ausschusses für ... (und des Ausschusses für ...) ist/sind diesem Bericht beigelegt(; der Ausschuss für ... hat am ... beschlossen, keine Stellungnahme abzugeben).

Der Bericht wurde am ... eingereicht.

Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen wird im Entwurf der Tagesordnung für die Tagung angegeben, auf der der Bericht geprüft wird.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Entschließung des Europäischen Parlaments zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und die Entwicklungsländer (002327(INI))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit und der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0000/2001),
- A. in der Erwägung, dass die Revolution im Bereich Information und Kommunikation den Entwicklungsländern potentiell große Möglichkeiten für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation, die Bekämpfung der Armut sowie die Verbesserung der Information ihrer Bevölkerung über alle denkbaren Bereiche bietet,
- B. in der Erwägung, dass diese Revolution gleichzeitig die Kluft zwischen reichen und armen Ländern, sowie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb dieser Länder, vergrößern könnte, wenn nicht angemessene Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer einbezogen werden können,
- C. in der Erwägung, dass ungefähr 80% der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern leben und dort nur einen sehr beschränkten Zugang zur Information und zu modernen Kommunikationsmitteln haben, was sie erheblich daran hindert, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen,
- D. in der Erwägung, dass nach Schätzungen bis zum Ende des Jahres 2001 700 Millionen Menschen "online" sein werden, während es gleichzeitig mehr als 2 Milliarden Menschen gibt, die noch nie telefoniert haben,
- E. in der Erwägung, dass in einigen Entwicklungsländern der rechtliche Rahmen und das Regelungsumfeld die Entwicklung von IKT behindern, was es oftmals schwierig macht, Investoren, und insbesondere private Investoren, ins Land zu holen,
- F. in der Erwägung, dass der Aufbau von Kapazitäten sowie Ausbildungsmaßnahmen sowohl für Einzelpersonen als auch für Institutionen absolut notwendig sind, um das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien wirklich zu erschließen,
- G. in der Erwägung, dass innovative Konzepte, auch in kleinem Maßstab, wie etwa Möglichkeiten zur Vergabe von Mikrokrediten, eine bedeutsame Komponente für die Verbesserung des Zugangs zu IKT in Entwicklungsländern sein kann,
- H. in der Erwägung, dass die EU als der weltweit größte Geber eine Führungsrolle bei der Ausarbeitung und Umsetzung von IKT-Politiken, die den Entwicklungsländern Nutzen bringen, spielen sollte,
- 1. glaubt, dass IKT in Entwicklungsländern eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der

Armut spielen können; gleiches gilt für Sektoren wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Umwelt, ländliche Entwicklung und Fremdenverkehr;

2. ist der Auffassung, dass IKT ein wirksames Werkzeug sein kann, um die Menschen in den Entwicklungsländern, insbesondere hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation, in die Lage zu versetzen, ihre Demokratie entwickeln zu können und an ihr teilzunehmen, zu einer "verantwortungsvollen Staatsführung" zu kommen und die Situation in Bezug auf die Menschenrechte zu verbessern;
3. glaubt, dass IKT geeignet sein könnten, bereits existierende Entwicklungsstrategien und –programme zu unterstützen, für eine bessere Umsetzung dieser Strategien und Programme zu sorgen und gleichzeitig auch das Endergebnis zu verbessern;
4. glaubt, dass IKT einen positiven Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Entwicklungsländern, und zwar auch im Dienstleistungssektor, welcher derzeit noch in den industrialisierten Ländern konzentriert ist, leisten könnte;
5. glaubt, dass IKT in der Entwicklungspolitik darauf abzielen muss, sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer rasch ihre Vorteile aus den neuen Technologien ziehen können, und ferner, dass diejenigen Länder/Gruppen, die zur Zeit noch nicht diese Möglichkeit haben, nicht noch weiter zurückfallen;
6. glaubt, dass der Zugang zu den IKT und diesbezügliche Verbesserungen zu den Zielsektoren gehören sollten, die für eine Förderung im Rahmen des neuen EEF-Programms zugunsten des privaten Sektors sowie im Rahmen des kommenden Vorschlags für eine Unterstützung des privaten Sektors aus dem Haushaltsplan der EU in Frage kommen;
7. glaubt, dass Mikrokredite den Zugang zu IKT verbessern können, womit sie direkte Auswirkungen auf die Unterstützung der Wirtschaft vor Ort hätten; dies ist ein Bereich, der die Unterstützung der EU verdient;
8. glaubt, dass Unterstützung und Dialog auf dem Gebiet der rechtlichen Fragen und der Regelungen eine notwendige Komponente in der Entwicklungszusammenarbeit unter Einbeziehung der IKT ist;
9. fordert die Kommission auf, eine einheitliche und kohärente IKT-Politik im Rahmen der EU-Entwicklungspolitik auszuarbeiten und zu entwickeln und auch dafür zu sorgen, dass diese Politik häufig genug aktualisiert wird;
10. fordert die Kommission auf, Qualität und Quantität des IKT-Portfolios innerhalb der Entwicklungspolitik der Kommission (KOM(00) 212) zu steigern, und zwar insbesondere, was regionale Integration, Handel, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Nahrungsmittelsicherheit und zukunftsfähige Strategien im Bereich der ländlichen Entwicklung, sowie ferner Umweltfragen und Aufbau institutioneller Kapazitäten angeht;
11. fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass genügend Personal zur Verfügung steht, um ausreichendes Know-how 'im Hause' in Bezug auf die Durchführung von Projekten vorhanden ist; schlägt auf dieser Grundlage vor, dass die Kommission eine ‚Entwicklungseinheit‘ innerhalb des Amtes für Zusammenarbeit

EuropeAid der Kommission (EuropeAid Co-operation Office) schafft, welche die sektoralen Einheiten bei der Aufgabe unterstützt, IKT in den gesamten Entwicklungsbereich zu integrieren („Mainstreaming“); diese Einheit könnte ferner das Management Information System (MIS) der EG sowie Datenbanken für die Entwicklungszusammenarbeit beherbergen (Hosting), im Zusammenschluss mit anderen Abteilungen und Entwicklungsagenturen; sie könnte das Wissen und die Erfahrung bei diesen Prozessen voranbringen und schließlich auch für die Ausbildung des Personals ‘im Hause‘ sorgen;

12. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Strategiedokumente für die einzelnen Länder explizit eine Beschreibung des Einsatzes von IKT enthalten;
13. fordert die Kommission auf, die positiven Arbeiten innerhalb der ‘G8 Dot force‘ fortzusetzen und eine Führungsrolle sowohl als Koordinator für die Politiken als auch als ‘Innovator‘ im Rahmen anderer einschlägiger internationaler Foren zu übernehmen; glaubt, dass dies eine Unterstützung des ‘DOT force‘-Sekretariats und, zusammen mit den Mitgliedstaaten, eine aktive Beteiligung an Politik-Innovation und -Koordination einschließen könnte; (indem die praktische Seite der Koordinierung übernommen wird);
14. fordert die Kommission auf, sich bei der Koordinierung der Tätigkeit der Mitgliedstaaten mit der Tätigkeit anderer Geber an die Spitze zu setzen;
15. fordert die Kommission zum Ausbau strategischer Partnerschaften mit nicht erwerbsorientierten Organisationen auf, ebenso wie mit anderen Akteuren, damit die Ausbreitung von IKT in den Entwicklungsländern sichergestellt wird;
16. fordert die Kommission auf, darüber Aussagen zu machen, wie thematische Schlüssel-Haushaltsposten wie etwa die Haushaltslinien in den Bereichen NRO und Demokratie Bestimmungen zugunsten von IKT innerhalb der jeweiligen Themen enthalten könnten;
17. fordert die EU auf, Maßnahmen zu unterstützen, mit denen der Einsatz der IKT unter Verwendung der lokalen Sprache verbessert und ‘lokale Inhalte‘ gefördert werden können;
18. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Koordinierung durch ausreichende Frequenz der Sitzungen der Sachverständigengruppe EG/Mitgliedstaaten aufrechterhalten wird, wobei an diesen Sitzungen auch Vertreter der einschlägigen Interessentengruppen, insbesondere der Bürgergesellschaft und des privaten Sektors, teilnehmen sollten;
19. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine „Arbeitsteilung“ im IKT-Bereich festzulegen; glaubt, dass dies als Testfall dienen könnte, um zu prüfen, ob die strategischen Ziele der Koordinierung, Kohärenz und Komplementarität in der Praxis umsetzbar sind;
20. fordert die Kommission auf, einen ‘follow-up‘-Bericht zu erstellen und dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens 2003 vorzulegen;
21. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung der Kommission und dem Rat zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Einleitung

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Entwicklung standen während der vergangenen Jahre ganz oben auf der politischen Agenda. Unterschiedliche Geber haben sich des Themas angenommen; auf der politischen Ebene ist beispielsweise das G7/G8-Treffen in Okinawa zu nennen. Internationale Organisationen wie die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), sowie eine zunehmende Zahl bilateraler Geber unternehmen jetzt Schritte, um IT-Strategien für Entwicklungsländer zu formulieren.

Dahinter steht sowohl auf politischer Ebene als auch auf Seiten der Geber die wachsende Sorge über eine ‚digitale Kluft‘. Anerkannt wird, dass die Entwicklungsländer, über die traditionellen Entwicklungsthemen wie Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Kapazitätsaufbau und Handelshemmnisse hinaus, eine weitere Ausgrenzung erfahren könnten, und zwar aufgrund der Gefahr, die mit einem fehlenden Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden ist. Damit würde den Entwicklungsländern die Möglichkeit verwehrt, Nutzen aus der zunehmenden Globalisierung bei Handel, Investitionen und Austausch von Dienstleistungen zu profitieren, denn hierfür ist die Einführung der IKT Voraussetzung. Alles in allem besteht das Risiko, dass die Kluft immer größer wird.

IKT als Teil der neuen Wirtschaft wird eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze schaffen, andere werden verschwinden. Aber was vielleicht wichtiger ist, ist die Umgestaltung der alten Wirtschaft aufgrund des Zusammenbruchs existierender Arbeitsstrukturen und –organisationen, wodurch die Wirtschaft ein völlig neues Gesicht erhält. Hauptgrund ist das Verschwinden der Bedeutung von Zeitverzögerungen und Entfernungen, die bisher immer ein Haupthindernis für die Teilnahme am Welthandel waren. Die ‚digitale Konvergenz‘ ändert dies nun. Der fehlende Zugang der Entwicklungsländer zu den IKT und das unzureichende Wissen darüber bringen nun eine Reihe spezifischer Gefahren mit sich. Unter anderem gilt Folgendes:

- Die stimulierende Wirkung, welche die IKT als solche auf Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen ausüben, kommt den Entwicklungsländern nicht zugute.
- Die Unternehmen in den Entwicklungsländern werden nicht in der Lage sein, dem privaten Sektor im industrialisierten Teil der Welt gerecht zu werden, falls ihre Produktionsverfahren/ihr Rechnungswesen/ihre Voraussetzungen für den elektronischen Geschäftsverkehr nicht ausreichend entwickelt sind. Es besteht die Gefahr, dass sie nicht Teil der neuen Wertekette werden, und es kann sehr leicht passieren, dass sie durch die dramatische Zunahme des globalen Wettbewerbs, die auf die neuen elektronischen Netze zurückgeht, gravierend beeinträchtigt werden.
- Die internationalen Kapitalgeber werden in Zukunft Länder bevorzugen, in denen die technischen Voraussetzungen für eine moderne Wirtschaft vorhanden sind.
- Die Entwicklungsländer erhalten keinen Zugang zu dem Wissen, welches der öffentliche, der private und der Hochschulsektor über das Internet allgemein verfügbar machen.

- Zu befürchten ist auch eine Überalterung des Bildungs- und Ausbildungssystems, wenn dieses nicht in der Lage ist, die neuen Technologien zu nutzen.

Die digitale Kluft

Die ‚digitale Kluft‘ kann ganz grob definiert werden durch die Unterschiede bei den Zugangsmöglichkeiten sowie bei den Möglichkeiten, einen eigenen Beitrag zur Information, zum Wissen und bei den Netzwerken zu leisten, oder auch bei der Möglichkeit, Nutzen aus der entwicklungsfördernden Wirkung der IKT zu ziehen. Dies sind einige der am deutlichsten sichtbaren Komponenten der ‚Entwicklungskluft‘. Sie spiegelt eine Kombination eines umfassenderen Spektrums sozioökonomischer Faktoren wider, wobei es hier insbesondere die Faktoren unzulängliche Infrastruktur, hohe Zugangskosten, Fehlen heimischer Inhalte, sowie unterschiedliche Fähigkeit, wirtschaftlichen und sozialen Nutzen aus informationsintensiven Tätigkeiten¹ zu ziehen, sind.

Auf folgende Begriffe wird im gesamten Bericht Bezug genommen:

1. IKT – Informations- und Kommunikationstechnologien – Telefon, Computer, Hardware, Software.
2. Die neuen Netze: Internet, World Wide Web, globale elektronische Netzwerke, darunter Netze mit fester und Netze mit drahtloser (mobiler) Anbindung.
3. Die Informationsgesellschaft: Die globale wissensbasierte Gesellschaft, gestützt auf IKTs und verbunden durch die Netze.

Die Erfahrungen mit der Industrialisierung zeigen eine komplexe Entwicklung der sozioökonomischen Faktoren innerhalb eines Landes. Dieser Prozess läuft jedoch nicht in einem Vakuum ab, er muss vielmehr durch den Zugang zu Märkten und Technologien unterstützt werden.

IKT kann den Entwicklungsländern jedoch auch Möglichkeiten bieten, den Entwicklungsprozess zu verkürzen (indem bestimmte Phasen übersprungen werden), und zwar durch das sogenannte „Leap-frog development“.* So kann beispielsweise direkt in moderne Technologie wie digitale Verbindungen investiert werden oder es können IKT-Werkzeuge angewandt werden, um bestimmte Dienstleistungen in kostenwirksamer Weise zu erbringen, beispielsweise Fernunterricht, Telemedizin usw. Es gibt Länder und Regionen, wie beispielsweise Indien und Costa Rica, in denen sich bestimmte Sektoren sehr rasch entwickeln, nämlich jene, in denen die Anwendung von IKT dem Wirtschaftswachstum, der Exportorientierung, dem guten Funktionieren städtischer Bereiche oder dem Lebensstandard der Mittelklasse neue Dynamik verliehen hat. (Weitere Beispiele: Brasilien, Südafrika, Malaysia, Tansania).

Im Lichte des eben Gesagten müssen wir uns dennoch darüber klar sein, dass es immer noch 2 Milliarden Menschen gibt, die noch nie telefoniert haben, wegen unzureichender Telekommunikationsstrukturen oder auch wegen einer Preisgestaltung, die oftmals nicht mehr

¹ Global Bridges – Digital opportunities, Entwurf eines Berichts der „DOT Force“, vorgelegt in Kapstadt, Südafrika, 1.-2. März 2001.

* Anm. d. Üb.: „leap-frog“ bedeutet ‚Bockspringen‘.

verhältnismäßig ist, und dies kombiniert mit Beschränkungen in Bezug auf öffentliche und private Gelder, die in diesem Bereich ausgegeben werden können. Die gebetsmühlenhaft immer wieder erhobene Forderung nach Privatisierung des Telekommunikationssektors in den Entwicklungsländern, verbunden mit Versprechungen, dass „uns eine wunderbare Zukunft bevorsteht“, birgt die Gefahr in sich, dass lediglich der Sektor selbst davon profitiert, sowie die besser situierten Schichten, die bereits jetzt Zugang zu Telekommunikationseinrichtungen haben. Notwendig ist es, bei gleicher Preisgestaltung, auch weiter entfernte Bereiche einzubeziehen.

Wenn wir alles alleine den Märkten überlassen, so riskieren wir, dass die digitale Kluft immer größer wird, die Kluft zwischen reichen und armen Ländern, aber auch die Kluft innerhalb der armen Länder. Die Marktkräfte im IKT-Sektor sind sogar noch stärker als in der herkömmlichen Industrie, weil Entfernungen ihre Bedeutung verlieren und neue Entwicklungen immer rascher erfolgen. Hieraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass sich diese Entwicklung nicht ausschließlich auf den Privatsektor stützen kann. Wir brauchen ein öffentliches Engagement von Seiten der Geber, also der EU und der anderen Geber, sowie von Seiten der betroffenen Länder.

Als wichtiger Geber – auf ihn entfällt mehr als die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe weltweit² kann die EU nicht auf Engagement und auf eine globale Strategie in diesem Bereich verzichten. Andernfalls würden wir die Initiative ebenso wie das Endresultat den anderen Gebern und dem Privatsektor überlassen.

Die Kommission hat 6 prioritäre Bereiche für die Entwicklungspolitik der EG³ ausgewählt. IKT sind nicht als spezieller prioritärer Bereich ausgewiesen, sie sollten vielmehr in sämtliche Politiken einfließen („Mainstreaming“), ebenso wie Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz usw. Dies macht es sogar noch wichtiger, über globale Ziele und Strategien für den Einsatz von IKT zu verfügen. Mainstreaming ohne ausreichende Ressourcen und ausreichendes Fachwissen birgt das Risiko in sich, dass dieser Sektor ohne Koordinierung bleibt oder sogar vergessen wird. Es kann auch sein, dass wichtiges und grundlegendes Wissen nicht vorhanden ist, wenn es darum geht, einschlägige Bereiche, wie etwa Handel, zu diskutieren. Es ist deshalb von allergrößter Wichtigkeit, eine kohärente Strategie zu formulieren, um den richtigen Einsatz der IKT bei konkreten Aktionen, Projekten und Programmen zu gewährleisten.

Endziel und Endzweck einer solchen Strategie sollten sich darauf stützen, dass IKT der Entwicklung dienen soll und nicht umgekehrt. IKT sollte ein Teil der Entwicklungsstrategie

² Auf die EU und die Mitgliedstaaten entfallen 55% der weltweit zur Verfügung gestellten Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance).

³ 1. Handel und Entwicklung, einschließlich der Formulierung einer Handelspolitik, Unterstützung bei der Integrierung in das multilaterale Handelssystem und den Weltmarkt, u.a. durch handelsrelevante technische Hilfe und Unterstützung bei der Kapazitätssteigerung in puncto Handel und Wettbewerbsfähigkeit.

2. Regionale Integration und Kooperation einschließlich der Inangriffnahme von grenzübergreifenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen.

3. Unterstützung einer makroökonomischen Politik mit ausdrücklichem Bezug zu Strategien zur Bekämpfung der Armut, insbesondere zu Sektorprogrammen in sozialen Bereichen (Gesundheit und Bildung).

4. Transport.

5. Nahrungsmittelsicherheit und Strategien zur ländlichen Entwicklung.

6. Aufbau institutioneller Kapazitäten, verantwortungsvolle Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit, (KOM(00) 212).

sein, und nicht allein der Telekommunikationsindustrie und den sie unterstützenden Kräften in der EU zugute kommen.

Durch eine globale Strategie sollte Folgendes sichergestellt werden:

- Definition der Rolle der Kommission ebenso wie der Rolle der Mitgliedstaaten. Einbezogen werden sollte auch die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie anderer Finanzinstitutionen der Mitgliedstaaten.
- Die Europäische Gemeinschaft sollte eine führende Rolle als Geber, und zwar sowohl bilateral als auch multilateral, spielen, beispielsweise innerhalb des Systems der Vereinten Nationen.
- Die EU sollte eine führende Rolle im Rahmen der diversen aktuellen internationalen Initiativen spielen: G8-dot.force, UN Task Force usw.

Diese Strategie in der Relation zu anderen Gebern sollte die eigene interne Strategie und die entsprechenden Ziele der EU ergänzen.

Die Kommission sollte mit den Entwicklungsländern unter einer doppelten Zielsetzung zusammenarbeiten: 1) Erarbeitung von top-down-Konzepten, 2) Erarbeitung von bottom-up-Konzepten. In beiden Fällen muss unbedingt darauf geachtet werden, dass die betroffenen Länder unterschiedliche Bedürfnisse je nach dem erreichten Entwicklungsniveau haben.

1. Die Kommission muss mit den Entwicklungsländern einen Dialog darüber beginnen, wie der Wettbewerb auf bestmögliche Weise angefacht werden könnte, um Kosten zu senken und die Nachfrage zu erhöhen, bei gleichzeitiger Sicherstellung eines gleichen Zugangs für alle. Im Rahmen dieses Dialogs müssen Themen angegangen werden wie Regelungsumfeld und Lizenzierungspolitiken. Die Bemühungen um die Schaffung regionaler Märkte und regionalen Wettbewerbs im Wege einer Konvergenz der Bestimmungen, so wie dies die EU in den 80er Jahren beim Binnenmarkt getan hat, kann dazu dienen, die Märkte zu erweitern und den Wettbewerb zu verstärken. Zusätzlich sollten erweiterte Politiken sinnvoll fortgesetzt werden, um die Liberalisierung auszuweiten, z.B. verbesserte Rechtsvorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr, im steuerlichen Bereich und im Vertragsrecht.

2. Neben den strukturellen Änderungen brauchen wir Aktionen, die auf die Schaffung von Nachfrage abzielen. Diese „bottom-up“-Maßnahmen sollten sich auch auf die Ausweitung der Vernetzung in Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren, und auch darauf, entferntere Bereiche und ärmere Bevölkerungsschichten einzubeziehen. In diesem Zusammenhang könnten Zugangsknoten der Gemeinschaft mithelfen, um die Einheitskosten für unbemittelte Bevölkerungskreise zu senken. Organisationen ohne Erwerbszweck, etwa auf Gemeinschaftsbasis, aber auch andere, sind innerhalb einer solchen Strategie natürliche Partner. Umfassendere Entwicklungsprogramme auf herkömmlichen Gebieten wie Landwirtschaft, Gesundheit und Ausbildung, sollten ebenfalls unterstützt werden, vor allem zugunsten der ärmeren Schichten – hierbei könnten die IKT mithelfen, Konzeption, Durchführung und Überwachung von Vorhaben zu verbessern.

Beide Prozesse sind notwendig. Das „top-down“-Konzept ist notwendig, wenn es darum geht, ein positives Regelungsumfeld als Vorbedingung für stärkeren Wettbewerb und kostengünstige Dienste, mit denen die Nachfrage gesteigert werden kann, zu schaffen. Das

„bottom-up“-Konzept andererseits ist notwendig, um beizutragen zu einer Steigerung der Nachfrage, insbesondere von Seiten der niedrigen Einkommenschichten, der ländlichen Bevölkerung usw. Diese würden in einer rein den Marktkräften überlassenen Welt außen vor bleiben. Beide Vorgehensweisen sollten kombiniert eingesetzt werden und so einen wichtigen Beitrag bei der globalen Strategie der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Armut leisten.

Intern müssen wir für Kohärenz zwischen allen einschlägigen Akteuren sowohl in den Mitgliedstaaten als auch bei der Kommission sorgen. Die GD DEV muss dafür sorgen, dass alle Arbeiten im Zusammenhang mit IKT die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen. Einbezogen werden muss auch die GD Handel, die für die Komplementarität der Politiken zu sorgen hat, und die ferner das Sprachrohr der Entwicklungsländer im Rahmen von Organisationen wie WTO, Internationale Fernmeldeunion (ITU), Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) sein muss. Die GD INFSO könnte ebenfalls Programme mit den Entwicklungsländern auf den Weg bringen. Darüber hinaus könnte die GD RTD für die direkte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Rahmen des 6. Forschungsprogramms sorgen.

Eine gemeinsame Strategie von EU und Entwicklungsländern könnte sich auf die unten aufgeführten Themen konzentrieren⁴

Nicht alles kann an jedem Ort getan werden. Was ausgewählt werden sollte, hängt ab vom Grad der Entwicklung und, noch wichtiger, davon, ob es möglich ist, interessierte Personen und/oder gut informierte Personen oder Institutionen, Kulturen, NROs usw. zu identifizieren. Falls dies gelingt, so können wir Fachdienststellen (centres of excellence) schaffen, über die ein „Dynamoeffekt“ in den Entwicklungsprozess eingebracht werden könnte. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Länderstrategien sollten IKT-Aspekte, entsprechend den dargestellten Leitlinien, einbezogen werden.

Institutioneller Kapazitätsaufbau: Erfahrungen mit ‚e-government‘ zu Nutzen machen (z.B. Andhra Pradesh, Indien), Transparenz und Effizienz staatlicher und lokaler Behörden erhöhen. IKT als Werkzeug für Regierungen, um das Sammeln und die Weiterverbreitung sozioökonomischer Daten bei der staatlichen Planung von Entwicklungsprioritäten und Zuweisung von Haushaltsmitteln zu erleichtern, und um auf diese Weise zu einer effizienten makroökonomischen Planung zu kommen. Ferner ist der Zugang zu Informationen der Kern von ‚guter Regierungsführung‘ und Demokratisierung.

Handel und Entwicklung: In der Praxis können sich sowohl große als auch kleine Unternehmen IKT zu Nutzen machen, um ihre Chancen zu verbessern. Ein Land wie Indien profitiert bereits von einer Arbeitsteilung, bei der westliche Firmen ihre Softwareentwicklung ins Ausland verlagern (Outsourcing). Ein grundlegendes Beispiel ist der Einsatz von

⁴ Dieser Abschnitt der sektoralen Beispiele baut auf einer Synthese anderer Berichte, darunter KOM(97)351 über die Informationsgesellschaft und Entwicklung, UNDP-Entwicklungsbericht 1999; IKT für Entwicklung: Dynamische Chancen, UNDP, (Entwurf), Vorlage für das Dot Force-Sekretariat, 20. Februar 2001; Global Bridges – Digital Opportunities, Berichtsentwurf für die DOT Force-Tagung in Kapstadt, Südafrika, 1.-2. März 2001. Information and Communication Technology in Danish Development Assistance, DANIDA, Working Paper 15, Mai 2000; IT in Swedish Development Cooperation, SIDA, 1999; The Internet and poverty, briefing note 28, Panos, 1998; AP First Information Technology Policy – 2000, Government of Andhra Pradesh, Juli 2000; Informationsgesellschaft und Entwicklung – Ein Überblick, Vol. I, 12. Januar 2001, Kommission der EG; Terra Viva Europe Daily Journal, Vol. 3 Nr. 45.

Mobiltelefonen in Bangladesch, um den Handelsverkehr zu erleichtern. Andere Produktionszweige, beispielsweise die Textilindustrie, könnten Nutzen aus der großen Übertragungsgeschwindigkeit, etwa bei Schnittmustern für die Produktion, ziehen. Diese Entwicklung tritt bereits heute augenfällig zutage, und es wohnt ihr ein großes Potenzial für den Handel der Zukunft und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen inne. Der Zugang zum Internet wird ferner mithelfen, um die Anzahl der Glieder in der Handelskette zu begrenzen. Die bessere Kenntnis der Marktpreise bei Rohstoffen wird es den Produzenten ermöglichen, höhere Gewinne zu erzielen. Heute ist es noch so, dass Kleinunternehmen noch selten den Zugang zu Marktpreisen, die nur wenige hundert Kilometer entfernt gebildet werden, haben.

Regionale Integration: Die Idee der regionalen Integration ist eng mit dem Handel verbunden. Das Wissen darüber, was in anderen Regionen produziert wird, wird, ebenso wie das Wissen über Rohstoffe usw., die regionale Integration fördern, wie wir in Europa gesehen haben. Unterstützung könnte darüber hinaus auch für die Entwicklung von Software in den Sprachen, die vor Ort verwendet werden, gegeben werden, und dies könnte wiederum der regionalen Integration zugute kommen.

Fremdenverkehr: Das Internet hat sich zu einem entscheidenden Distributionskanal entwickelt, mit dessen Hilfe die Fremdenverkehrsindustrie ihre Urlaubsorte und ihre Produkte vorstellen und verkaufen könnte. Im vergangenen Jahr hat dieser Sektor zu Einnahmen in Höhe von 476 Mrd. US\$ geführt. Das Internet kann den Entwicklungsländern einen erschwinglichen Einstieg bieten, so dass sie sich Teile des Fremdenverkehrsaufkommens sichern und damit gleichzeitig ihr Wirtschaftswachstum verbessern können.

Grundausbildung & weiterführende Ausbildung: Durch das Internet können die Ausbildungskosten in den Entwicklungsländern gesenkt und gleichzeitig die Erbringung oder Dienstleistung beschleunigt werden. Fernunterricht via Internet und informelle Ausbildungsressourcen würden im wesentlichen Umfang die existierende Ausbildungsinfrastruktur ersetzen und gleichzeitig Auszubildenden und Ausbildern den Zugang zu den aktuellsten Informationsressourcen ermöglichen. Ein Beispiel: der leichte Zugang zu Informationen (internationale Zeitschriften, Datenbanken usw.), zur Kommunikation, zum Austausch von Informationen und Forschungsergebnissen, sind von enormer Bedeutung für die Generierung von Wissen. Vielleicht wird damit auch ein Beitrag geleistet, um das Problem des „brain-drain“ in Grenzen zu halten.

Gesundheit: Im Rahmen von Strategien zur Bekämpfung der Armut sind Gesundheitsfragen von vorrangiger Bedeutung. Das Internet bietet jedermann den Zugang zu medizinischen Informationen. Ärzte und andere im Gesundheitswesen Tätige sind in einer Reihe von Entwicklungsländern bereits Teilnehmer an virtuellen Netzwerken. IKT kann auch wichtig für die Unterstützung medizinischer Forschungsnetze sein, Statistiken mit Bezug auf das Gesundheitswesen können erstellt und bereitgestellt werden, Programme können begleitet und Politiken formuliert werden usw.. Das Internet kann Frühwarnsysteme bereitstellen und zu verbesserten Reaktionsmöglichkeiten in Notsituationen, z.B. Überschwemmungen, Malariaepidemien usw., führen.

Krisenprävention und humanitäre Hilfe: Bei der Krisenprävention und der humanitären Hilfeleistung ist die Kommunikation eine wichtige Voraussetzung. Korrekte Information über die tatsächliche Lage im Krisengebiet ist wesentlich, soll die Hilfe die richtigen Menschen

zum richtigen Zeitpunkt erreichen. Datenbanken mit Informationen von Beobachtern und Helfern sowie Informationen über verfügbare Hilfen sind, ebenso wie Frühwarnsysteme, die einschlägige Informationen noch vor dem Ausbruch eines Konflikts liefern, weitere Möglichkeiten, wie IKT-Lösungen im Kontext der Krisenprävention und der humanitären Hilfe eingesetzt werden können.

Umwelt: IKT kann zu einem wirksameren Umweltmanagement beitragen, indem es Ländern hilft, ihre ökologischen Bedingungen genau zu verfolgen, und indem es rechtzeitig vor signifikanten Gefahren warnt, so dass Präventions- und Linderungsmaßnahmen eingeleitet werden können. IKT kann eingesetzt werden, um die Umweltverschmutzung durch industrielle Tätigkeiten unter Kontrolle zu halten und Energie einzusparen⁵. IKT können dazu beitragen, dass die Bürger zu ‚Agenten für die Umwelt‘ werden, indem sie die Entscheidungsträger alarmieren, wenn Verstöße begangen werden⁶. IKT können benutzt werden, um den gemeinsamen Einsatz zukunftsfähiger Verfahren beim Land- und Wassermanagement zu erleichtern. Sie können ferner dazu beitragen, die Verschmutzung durch ‚Dezentralisierung‘ der Bevölkerung sowie durch Telearbeit in großem Maßstab zu verringern.

Weitere wichtige Fragen: Die Kommission sollte Kapazitätsentwicklung, institutionellen Aufbau und Ausbildungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern unterstützen. Diese sollten IKT beim Wissensmanagement im Bereich der Entwicklung einsetzen. Und sie sollten auch einen verstärkt ‚proaktiven‘ Einsatz thematischer EU-Haushaltslinien wie der Linien für NRO und Demokratie für Projekte, welche IKT beinhalten, begünstigen. Ein Element von großer Bedeutung wäre die Entwicklung strategischer Partnerschaften. Ein wichtiges Element könnte es auch sein, strategische Partnerschaften mit an IKT interessierten Kreisen in Nord und Süd aufzubauen und weiterzuentwickeln, einschließlich der Unterstützung sogenannter Fachdienststellen (‚centres of excellence‘), und auch der Bürgergesellschaft unter Einschluss der NRO, um die IKT auch den ärmeren Schichten nahe zu bringen, eine ‚verantwortungsvolle Regierungsführung‘ zu fördern usw.

Einheiten für ‚eDevelopment‘

Angesichts des starken Wettbewerbs, der auf diesem Sektor herrscht, und der gravierenden Lücke bei den finanziellen und menschlichen Ressourcen zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern, sowie auch zwischen öffentlichem und privaten Sektor, wird es notwendig sein, den Entwicklungsländern erheblich unter die Arme zu greifen, will man erreichen, dass IKT dazu beiträgt, die Armut zu bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die im öffentlichen Sektor gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass man diese

⁵ Weltweit ist die Umwelttechnologie eine neue und expandierende Industrie. Die Umsätze überstiegen 1992 schätzungsweise 200 Mrd. \$, wobei sich die Industrie mehr und mehr um Kontrolle und Einsparung bemüht, weshalb Technologien, die den Schaden im nachhinein beheben (‚clean-up‘), zurückgehen. Deutsche Firmen sind mit 21% Marktanteil führend in der Welt. Die USA folgen mit 16%. Die Anwendungen in Entwicklungsländern sind weitgehend noch nicht ausgeschöpft (ICT for Development: Dynamic Opportunities, UNDP, 2001).

⁶ In Indonesien waren es Beamte, die über die schwache Durchsetzung von Normen im Bereich des Gewässerschutzes frustriert waren, die eine öffentlich zugängliche Datenbank schufen, mit der Unternehmen nach dem Grad ihrer Einhaltung der Normen bewertet werden. Die Datenbank war noch gar nicht in Betrieb, als sich die Firmen bereits heftig darum bemühten, ihre Bewertung zu verbessern. Als die Öffentlichkeit dann Zugang hatte, benutzten Bürgerinitiativen die Bewertungen dazu, Firmen, die beim Umweltschutz nachlässig waren, unter Druck zu setzen. Nach 15 Monaten bereits erfüllte ein Drittel dieser Firmen bereits die Bestimmungen. (ICT for Development: Dynamic Opportunities, UNDP, 2001).

Aufgabe nicht allein den im Handelsbereich oder Entwicklungsbereich tätigen Beamten überlassen darf, denn diese sind in Bezug auf IKT oftmals nicht ausreichend qualifiziert, oder sie wissen nicht genügend darüber. Darüber hinaus muss gesagt werden, dass auch die Schaffung von ad-hoc oder von informellen Verbindungsstrukturen in diesem Bereich in Entwicklungsagenturen nicht ausreichen würde.

Damit die notwendigen ‚inputs‘ und die erforderliche Unterstützung bereitgestellt werden, ist es notwendig, in Entwicklungsagenturen sogenannte ‚eDevelopment‘-Einheiten zu schaffen; dies gilt auch für das Amt für Zusammenarbeit EuropeAid der Kommission (EuropeAid Cooperation Office)⁷.

Diese Einheiten würden keinen neuen prioritären IKT-Sektor entwickeln, sie hätten vielmehr folgende Aufgaben:

1. Unterstützung der entsprechenden Einheiten, und zwar sowohl ‚Linie‘ wie sektorale Einheiten, in der Agentur, damit diese besser in der Lage sind, IKT bei der Identifizierung, Bewertung, Durchführung und Begleitung von Vorhaben auf ihren Gebieten (generelle Einbeziehung von IKT [mainstreaming] bei der Entwicklung) zu unterstützen.
2. Organisation der Schulung des Personals ‚im Hause‘ in Bezug auf IKT für die Entwicklung.
3. Host-Funktion in Bezug auf Datenbanken und Management Information System (MIS) der Agentur – (bei der Kommission sollte man dabei bei Null anfangen).
4. Beratung und Informationsaustausch mit anderen Abteilungen und Entwicklungsagenturen.

Angemessene Ressourcen sollten bereitgestellt werden für die Schaffung einer eDevelopment-Einheit beim Amt für Zusammenarbeit EuropeAid der Kommission, und zwar mindestens für einen Fünfjahreszeitraum, um diesen Zielen zu entsprechen. Die Arbeit dieser Einheit könnte als Pilotprojekt angesehen werden, an dem sich andere Entwicklungsagenturen, auch solche der EU-Mitgliedstaaten, orientieren könnten.

Schlussfolgerungen

Mehr denn je besteht die Gefahr, dass die digitale Kluft immer größer wird, wenn wir alles den Marktkräften überlassen. Was wir jetzt brauchen, ist ein Rahmen, an dem sich eine konzertierte Aktion orientieren kann. Bis jetzt sind Bemühungen, das Potenzial der IKT zu nutzen, allzu oft gescheitert, und zwar größtenteils deshalb, weil die Vorgehensweise unkoordiniert und isoliert war. Wir brauchen deshalb eine kohärente Strategie, über die sich Rat und Kommission einig sein müssen.

Eine solche Strategie sollte die bereits existierenden Entwicklungsprogramme nicht ausschließen, sie sollte vielmehr darauf abzielen, diese Strategien zu ergänzen. Es muss jedoch als absolut wesentlich angesehen werden, dass Rat und Mitgliedstaaten etwas dafür tun, dass die digitale Kluft geschlossen wird. Wenn die EU dieses Problem nicht angeht, so kann sie nicht den Anspruch erheben, über eine globale Strategie für die Entwicklung zu

⁷ Auch die Kommission schlägt dies in dem Dokument Informationsgesellschaft und Entwicklung – eine Übersicht, Vol. I, S. ix, 12. Januar 2001, vor. Dieser Bericht stützt sich auf die Erfahrungen und Empfehlungen der Kommission für den Rat ‚Entwicklung‘, und zwar als Reaktion auf eine Aufforderung vom November 1997.

verfügen.

Dieser Initiativbericht verweist auf einen Rahmen für eine solche Strategie. Er erhebt jedoch nicht den Anspruch, definitiv zu sein. Vielmehr sollte dieser Bericht als Teil eines Prozesses gesehen werden, an dem sich auch Rat und Kommission beteiligen müssen.